

A n t r a g
des
SOZIAL-AUSSCHUSSES

über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Vladyka, Lembacher, Rosenkranz, Schabl, Schittenhelm und Hinterholzer betreffend Überprüfung des Kinderbetreuungsgeldes.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1.) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, sich im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung für eine Evaluierung des Kinderbetreuungsgeldes einzusetzen. Jedenfalls sollte ein Mehrkinderzuschlag, so wie im ehemaligen Karenzgeldgesetz, eingeführt werden.
- 2.) Der Antrag der Abgeordneten Vladyka u.a., Ltg.-928/A-2/34, wird durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 miterledigt.“

KADENBACH
Berichterstatter

VLADYKA
Obmann